

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 132.

Breslau, Sonnabend, den 9. Juni 1894.

5. Jahrgang.

Das Elend der Bauhandwerker im kapitalistischen Staat.

B. G. Die Herren Handwerksmeister sind bekanntlich in wirtschaftlicher Beziehung unreactionär und wollen von dem Gedanken nicht lassen, sie müßten schließlich doch noch im Versuche der kapitalistischen Produktionsweise den berühmten goldenen Boden entdecken können, auf dem sich ihre Vorfahren so behaglich einzurichten verstanden.

Aber unsere an Arbeit, Capital und Profit überreiche Zeit überschüttet den Großunternehmer mit Millionen über Millionen, auch wenn er alle Sorge und Mühe auf schlecht bezahlte Arbeiter abwälzt und in seinem ganzen Leben nicht eine Stunde selber gearbeitet hat, und sie lohnt dem Kleinunternehmer auch die ehrlichste und mühevollste Arbeit mit kärglichem Profit und gar oft mit grausamem Untergange.

Das geschieht nicht allein deswegen, weil der Großunternehmer und das Großcapital die bestehenden Produktionsverhältnisse besser ausnutzen kann, sondern wird vielfach dadurch herbeigeführt, daß der Handwerker im Interesse des Großcapitalis um den sauer verdienten Ertrag seiner Arbeit rücksichtslos und schamlos betrogen wird.

Am ärgsten und offenkundigsten ist das bei unserem modernen Baugeschäfte der Fall. Der Schwindel, der da, besonders in den großen Städten an den Handwerksmeistern verübt wird, schreit zum Himmel.

In einer Generalversammlung des Bundes für Bodenreform wurde z. B. mitgeteilt, daß während der Zeit vom 1. October 1889 bis zum 30. September 1890 allein in Berlin Handwerksmeister und Lieferanten bei Neubauten ungefähr 30 Millionen Mark verloren

haben. In diesem Zeitraum wurden 535 Neubauten aufgeführt und von diesen wurden 133 subhastirt.

Während der letzten zwei Jahre wurden auf dem Terrain der ehemaligen Maschinenfabriken von Borstg, Moehrlert und Eggels vier neue Straßen angelegt und in denselben 186 Häuser errichtet; von diesen verfielen nicht weniger als 180 der Subhastation, und eine ganze Anzahl von ihnen wurden nicht nur einmal subhastirt, sondern binnen kurzer Zeit zwei und drei Mal hintereinander.

Im Ganzen mußten während der letzten drei Jahre in Berlin 731 Wohnhäuser subhastirt werden, und es gingen dabei den beteiligten Handwerkern und Lieferanten rund 90 Millionen Mark verloren.

Auch in andern großen Städten traten ähnliche Verhältnisse zu Tage; so kamen in Hamburg 1890 154, 1891 sogar 240 Neubauten zur Subhastation. Mit Hypotheken waren diese 240 Bauten im Betrage von 21 512 665 Mark belastet. Bei den gerichtlichen Versteigerungen wurden insgesamt dafür bezahlt 17 553 480 Mark. Der Verlust betrug somit 3 959 185 Mark, und den größten Theil dieser rund 4 Millionen Mark hatten zweifellos auch hier Bauhandwerker zu fordern, deren Gesamtverlust aber damit noch keineswegs festgestellt ist, da ihre Forderungen nur zum kleinsten Theil zur gerichtlichen Eintragung ins Grundbuch gelangen.

Dieser in solchen enormen Geldverlusten zur Erscheinung kommende Bauhandwerker ist nun hauptsächlich großcapitalistischer Profitgier zur Last zu legen.

Die großartigen Gaunereien, welche bei Bauunternehmungen verübt werden, sind im Grunde ziemlich einfacher Art. Großcapitalisten, einzelne oder mehrere, zumeist Baubanken, verkaufen an irgend ein

zu jeder capitalistischen Schandthat bereites Subject einen Bauplatz und lassen sich die Kaufsumme als erste Hypothek auf dem Grundstück sicher stellen. Als solche Unternehmer functioniren verkommene Speculanten, Grundstückscommissionäre, bankrotte Gutsbesitzer, auch Maurer- und Zimmerpoliere zc. Diese Leute kümmern sich natürlich um den Preis, der ihnen für diese Grundstücke angerechnet wird, um so weniger, als sie sich auch das Baugeld von ihren großcapitalistischen Hintermännern noch dazu borgen, der es hinter dem Kaufgeld als zweite Hypothek eintragen läßt.

Die Summe des Baugelds wird nun für gewöhnlich so bemessen, daß sie, höchstens mit einem ganz geringen Aufschlage für die Beaufsichtigung des Baues, den aufs knappste gerechneten Baukosten entspricht, und es kommt nur ratenweise zur Auszahlung nach Maßgabe des Fortschreitens des Baues, wenn z. B. eine neue Balkenlage fertig oder eine bestimmte Handwerkerleistung erfolgt ist. Dabei wird nicht ein Pfennig früher ausgezahlt, ehe das Geld in seinem vollen Betrage ins Grundbuch eingetragen ist.

Der vom Pumpe existirende Unternehmer lebt alsdann während der Bauzeit herrlich und in Freuden darauß los und kommt fast in allen Fällen mit dem Baugelde nicht aus, zumal er, was fast immer geschieht, in seine eigene Tasche mehr einsacken will, als für ihn bei redlicher Bezahlung der Baukosten übrig bleiben würde. Natürlich drückt er Bauhandwerker und Lieferanten aufs ärgste, speist sie mit möglichst kleinen Anzahlungen ab und bleibt ihnen schließlich den größten Theil dessen, was sie zu bekommen haben, schuldig.

Wenn diese nicht länger warten wollen oder können, geräth er schließlich in Concurß; von ihm aber ist nicht ein rother Heller herauszuschlagen. Er hat seine Sache

„Aneinander gekettet“.

Amerikanischer Criminal-Roman von Otto von Ollendorf.

13] Nachdruck verboten.

Das Einfache dieser Entdeckung rief allgemeines Erstaunen hervor, denn keiner von den Beamten hatte die Idee gehabt, die Uhr in dieser Weise zum sprechenden Zeugen zu machen. Der Mayor besonders war außer sich vor Entzücken. „Der Kerl weiß, was er will“, flüsterte er dem Doctor zu.

„Ergo“, fuhr Skerrett in seinem Resumee fort, „unserer Mörder waren nicht nur grausame Henker, sondern raffinierte Schufte, indem sie wahrhaftig großartig operirten und uns in Betreff der Zeit, zu der sie den Mord begingen, irre führen wollten.“

„Ich sehe diese Absicht noch nicht deutlich ein“, bemerkte der Mayor ziemlich schüchtern.

„Und doch ist diese Absicht leicht zu begreifen“, behauptete Mr. Clay. „War es nicht in ihrem Interesse, uns zu überzeugen, daß das Verbrechen begangen worden, nachdem der letzte Zug nach Washington abging? Nachdem John Hood seine Kameraden um neun Uhr an der Station verließ, konnte er gut um zehn Uhr hier zurück sein, ermordete Mr. und Mrs. Stratton nahm das Geld, das er im Besitze seines Herrn wußte und fuhr dann mit dem letzten Zuge nach Washington.“

„Das Argument finde ich aber sehr hinfällig.“

warf Mr. Blant ein, „denn warum kehrte denn John nicht zu seinen Freunden zurück, um jeden Verdacht auf ihn als absurd erscheinen zu lassen? Auf diese Weise war die Möglichkeit seines Alibis nicht ausgeschlossen.“

Dr. Brandon, der auf dem einzigen, der Zerstörung entgangenen Stuhle Platz genommen hatte und zufällig sich des Unwohlseins Mr. Blants von vornhin erinnerte, als er ihm von Kennedy, dem Chirurgen, gesprochen, war bei diesen Worten des Friedensrichters aus seinen Betrachtungen gerissen.

„Da ist noch ein Punkt“, sagte er plötzlich, sich erhebend. „Es mag vielleicht John Hood durchaus als seinen Zwecken dienlich erschienen haben, die Zeiger der Uhr zu verrücken, während das für seinen Complicen Richards von größtem Nachtheil war.“

Mr. Skerrett nahm keinen Theil an dieser Discussion. Gerade wie ein Arzt, der seiner Diagnose sicher sein will, verblieb er vor dem Kamin, indem er fortwährend die Zeiger der Uhr den Weg um das Zifferblatt machen ließ. Der Hammer schlug dann jedes Mal die halbe und die volle Stunde, halb Zwölf — Zwölf — dann halb Eins und Eins.

Als der Detektiv die Zeiger rückte, murmelte er: „Ihr wart doch nur Lehrlinge, Gelegenheitsverbrecher, raffiniert allerdings, aber — Ihr dachtet doch nicht an Alles! Ihr verrückt die Zeiger, lieget aber das Schloß außer Acht, so daß, wenn so eine alte Katze von Detektiv Euch auf der Ferse ist, Euer Puschwerk durchschaut ist.“

Sich dann an Mr. Clay wendend, sagte er: „Sie sind nun wohl überzeugt, Sir, daß der Mord um halb elf begangen wurde?“

„Wenn die Uhr nicht zufällig in schlechtem Zustande war, ja!“ warf Mr. Blant ein.

„Was ja häufig der Fall“, versicherte der Mayor, „denn die Uhr in meinem Zimmer leidet an ewiger Unregelmäßigkeit, so daß ich niemals weiß, wie spät es ist.“

Skerrett dachte nach. „Es ist möglich, daß Mr. Blant Recht hat“, gestand er ein. „Möglichkeit heißt nicht Theorie nie aus, aber — wir müssen Sicherheit haben! Glücklicher Weise ist da noch ein anderes Mittel, zum Ziele zu gelangen — das Bett nämlich. Ich wette, es ist in Unordnung!“

Sich an den Mayor wendend, sagte er: „Ich werde eines Dieners bedürfen.“

„Ich werde assistiren, Sir, dann geht es schneller“, schlug Mr. Blant vor.

Zunächst entfernten sie die herabgerissenen Vorhänge, die es gänzlich bedeckten.

„Da!“ rief Skerrett, „ich habe recht!“

„Das ist wahr“, bestätigte Mr. Clay verwundert, „das Bett ist in Unordnung.“

„Ja, und doch hat Niemand darin gelegen!“

„Aber —“, widersprach Mr. Curtis.

„Ich bin meiner Sache gewiß“, behauptete Skerrett, „die Decke ist jurckgeworfen, das ist wahr, ebenso mag sich Jemand in dem Bette herumgewälzt haben, auch die Kissen sind eingedrückt, aber — geschlafen hat darin Niemand!“

auf nicht gestellt, und bestet in vielen Fällen nicht einmal eine eigene Wohnung, außer etwas weit draußen in irgend einer Vorstadt ein möbliertes Zimmer, wo er die Besuche des Gerichts vollziehen empfangt. In vielen Fällen aber hat seine Frau, mit der in Gütertrennung lebt in nobler Gegend ein herrschaftliches Quartier inne und ist Dank der Hilfe des Großcapitals immer in der Lage, ihrem bankrotten Gatten und der ganzen Familie ein luxuriöses Leben zu gewähren.

Der Concurs bringt also den Handwerkern und Meieranten gar nichts ein, während er den theilhabenden Großcapitalisten, die die ersten Hypotheken besitzen, das Grundstück mit dem darauf für ein billiges Geld errichteten Bau in die Hände spielt.

Der Handwerker kann sich nun nicht etwa vor den Schwindelbauten weislich versehen und ihnen aus dem Wege gehen; er, dem höchstens ein kleines Capital zur Verfügung steht, muß unausgesetzt Beschäftigung haben, will er nicht seine Arbeiter entlassen und sich um seinen Credit bringen. Er kann sich nicht die Bauherren aussuchen und sie auf ihre Creditfähigkeit erst prüfen, vielmehr muß er froh sein, wenn er überhaupt zu thun hat und sich mit der Hoffnung genügen lassen, daß nicht gerade er und nicht er jedesmal der Gerupfte sein wird.

Natürlich wünschen unsere Handwerkemeister auf lebhafteste die Mängel unserer Gesetzgebung, welche ihnen so übel mitspielen, beseitigt zu sehen, und das Centrum, welches sich in seine einander widerstrebenden Bestandtheile aufzulösen beginnt und verzweifelte Anstrengungen macht, den Schein echt volksthümlichen Wirkens zu erregen, wird in der nächsten Reichstagsession wieder mit einem Antrag auf der Bildfläche erscheinen, durch den für Bauhandwerker und Baulieferanten an Neubauten ein Pfandvortrecht gesetzlich eingeführt werden soll.

Der echt capitalistische Schwindel, der sich bei allen solchen Bauunternehmungen vollzieht, wird nämlich dadurch ermöglicht, daß die auf unbebauten Boden aufgenommenen Pfandbriefe sofort auf das von den Bauhandwerkern errichtete werthvolle Gebäude übergehen. Diese mit Hilfe des bestehenden Pfandrechts erfolgende Verschiebung der Besitzverhältnisse würde allerdings durch die gesetzliche Bestimmung unmöglich gemacht, daß die aus Baarenlieferungen und Handwerkerarbeiten für einen Neubau herangezogenen Forderungen bei etwaiger Substitution der Hypotheken voranzugehen und von dem Grundstücksverkäufer vor diesen bezahlt werden müssen.

Aber unsere Großcapitalisten haben auf die Gesetzgebung mehr Einfluß als unsere capitalschwachen Handwerker. Es wird daher im Klassenpaate wahrscheinlich Alles hinhilf beim Alten bleiben und die Großen werden die Kleinen weiter proletarisieren, bis der Klassenhaat endlich durch die Socialdemokratie beseitigt wird.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte kürzlich einen Artikel an leitender Stelle veröffentlicht, in welchem sie für schärfste Abschaffung der Besatzstrafbedingung eintrat, und behauptete, daß für solche Verurtheilungen die Gerichte

„Mrs. Stratton war völlig angekleidet“, bemerkte Mr. Blant, „aber der Gatte konnte sich zuerst gar nicht setzen.“

„Nein, ich bewahre das Gegenheil“, erwiderte Stratton, „ich lasse mich durchaus nicht täuschen durch den Schein. Die Läden sind eingedrückt, aber ich sehe bei jeder Gelegenheit mal an, es ist ganz glatt, trotz des Gewichtes des Oberkörpers und der Bewegungen der Arme. Das ist nicht Alles; sehen Sie auf den unteren Theil des Lagers. Ich habe die Deden um halb nachmittags gelassen, wo ich sie nun gelasse, wie für wahr, werden Sie sehen, daß die Seiten nicht darunter genau aufeinander liegen. Sondern Sie nun Ihre Hand verständig zwischen beide. — ja. Sie werden die Seiten so genau aufeinander liegen, als wenn der Richter, besonders die Seite, die dort aufsteht hätten, und Mr. Stratton war ein Mann, dessen Körpergröße die ganze Länge des Bettes in Anspruch nehmen mochte.“

Die Wichtigkeit dieser Behauptung konnte vor Augen nicht behauptet werden.

„Doch das ist noch nicht Alles“, hub der Doctor an.

„Mit welcher Art die Natur in Angerheim ruhen. Wenn jemand mit Wägen und mit Kisten ein Boot betreibt, denkt er gewöhnlich nicht an die. Die Seiten des Bootes sind der oberen Naturlage ähnlich, die zwei vollständig glatt, ohne im mindesten Unebenheiten zu zeigen.“

„Das ist — die Natur hat — ja — ja.“

nicht die höchste bestehende Strafe von 2 Jahre Gefängnis anzuwenden. Heute erklärte nun die „National-Zeitung“: „Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß die Regierung dem Artikel nicht nur völlig fern steht, sondern mit dem Inhalt desselben auch nicht einverstanden ist.“

Folgende auffällige Mittheilung bringt der „Reichs-Anzeiger“ vom 4. Juni: „Der Finanzminister weist in einem vom 24. Mai dieses Jahres datirten Rundschreiben an die Provinzial-Steuerdirectoren u. auf die nachstehend im Auszuge folgende, seiner Zeit nicht veröffentlichte Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 4. Juli 1868 hin:

Zugleich ermächtige Ich Sie, künftig entbehrlich gewordene Grundstücke der Steuer-Verwaltung, von denen für eine andere Verwaltung kein Gebrauch zu machen ist, nach Ihrem Ermessen im Wege der Licitation oder aus freier Hand, ohne Einholung Meiner Genehmigung, zu veräußern.

Schloß Babelsberg, am 4. Juli 1868.
Wilhelm.
v. d. Seydt.

An den Finanzminister.
So scheint hiernach wohl der eine oder andere Verkauf von fiscalischem Terrain durch den Finanzminister beabsichtigt zu sein.

Die Margarine im Wahlkampf. Die „Kreuz-Zeitung“ greift aus einer diesbezüglichen Notiz der „Nationalliberalen Correspondenz“ den Satz heraus: „Zunächst kommt jetzt Pinneberg“ und bemerkt dazu:

„Ja wohl, Pinneberg, wo die Nationalliberalen sich nicht haben abhalten lassen, eine den Landwirthen höchst unpopuläre Persönlichkeit aufzustellen, für die sie deren Stimmen aber nicht desto weniger in Anspruch nehmen, als ob sich das von selbst verstände. So thöricht sind die Bauern aber schon längst nicht mehr, daß sie die Vertretung ihrer Interessen einem Manne anvertrauen möchten, mit dem sie wirtschaftlich auf dem gespanntesten Fuße stehen. Ihre Hauptannahme in jener Gegend ist Butterbereitung. Wie können sie dazu, sich in einen capitalistischen Wettbewerb auf dem Markte zu begeben, da das Naturproduct durch das Kunsterzeugniß zu verlieren läuft?“

Was wird Herr Noth darauf zu antworten haben? Wir haben im 6. Schleswig-Holsteinischen Kreise persönlich auch beobachtet, daß jenseits Herr Noth und der Bauern die Margarine als unüberwindliches Hinderniß liegt.

Zur confessionellen Erziehung der Kinder. Die Commission für die zweite Lesung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs geht der Entscheidung schwächerer Jungen, die etwas auf das politische Gebiet hinübertragen, ebenso aus dem Wege, wie ihre Vorgängerin, die Commission, welche den Entwurf aufgestellt hat. Solche Fragen werden an die Landesgesetzgebung verwiesen. In der vorigen Woche beschäftigte sich die Commission u. A. mit der confessionellen Erziehung der unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft stehenden Kinder. Man weiß, wie häufig gerade in den letzten Jahren die Frage erstanden worden ist, ob die Väter über die unprofessionelle Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen haben sollen oder Obigen des Staates oder Organe der Kirche, aus der die Väter ausgeschlossen

normale Erziehung, als ob plötzlich eine Erziehung sein kann durchsicht.

„Es scheint demnach erwidert, daß Mr. Stratton sich nicht zu sehr begibt“, sagte völlig überzogen der Staatsanwalt.

„In der That — und wenn er im Bette erwidert werden müßte, müßten seine Kleider sich hier irgendwo herum mit ihm, meinte Dr. Stratton.“

„In diesem Falle müßten jedoch Kleiderstücke im Bette gefunden werden. Diese Kleider waren doch nicht allzu schön“, behauptete lächelnd der Doctor.

„Unbegreiflich für mich ist die Annahme, daß ein so großer, starker Mann wie Mr. Stratton sich so geduldig habe erweichen lassen, ehe er allerdings im Schlafe“, bemerkte mit Nachdruck Mr. Blant.

„Oh“, antwortete der Major, „müßte diesen Fälle ereignen sich, man braucht nur die Füße zu sehen, sich alle Lage —“

Er schweig erwiderte, denn Stratton schenkte auf ihn zu hören.

Mr. Blant unterbrach die Aufmerksamkeiten aller auf sich, als er wieder antrat.

„Sie Alle stimmen über die Vermuthung in diesem Punkte. Ich aber bin überzeugt darüber, daß sie nicht nachgrübeln. In der That ist ein Mann, der so viele Jahre lang die Luft nach der Europa eines von fünfjährigen, aber ungeden glatte ist, daß es einem schlecht ergehen sollte, da es maget wurde, nach in meinem Hause und innerhalb, wenn ich nicht schlafe, zu überfallen. Möglich, daß man mich nicht würde, oder

sind, und man weiß auch, wie anfechtbar die in dieser Hinsicht von Verwaltungsbehörden und Gerichten getroffenen Anordnungen und Entscheidungen sind. Die Optimisten, die ja immer noch nicht ausgestorben sind, trösteten sich damit, daß das bürgerliche Gesetzbuch über die confessionelle Erziehung der Kinder Bestimmungen bringen würde, die auch die Mächthaber über die Schule nicht würden ignoriren können. Wie zu erwarten war, sind diese Hoffnungen getäuscht worden; der erste Entwurf hatte bestimmt, daß in dieser Hinsicht die landesgesetzlichen Vorschriften unberührt bleiben sollten. In der Commission für die zweite Lesung wurde zwar von mehreren Seiten beantragt, die confessionelle Erziehung der Kinder im bürgerlichen Gesetzbuch reichsgesetzlich zu regeln, die Mehrheit lehnte aber sowohl diesen, als auch einen anderen Antrag ab, der nur dahin ging, wenigstens die Vorschrift aufzunehmen, daß der Minderjährige, wenn er das 16. Lebensjahr vollendet habe, berechtigt sei, sein Glaubensbekenntniß selbst zu bestimmen. Die landesgesetzlichen Vorschriften sollen unberührt bleiben; in Preußen soll demnach nach wie vor Kindern der Unterricht in einer Religionsgemeinschaft, der sie nicht angehören, wider den Willen der Väter erteilt werden können, und in anderen Staaten wird jungen Leuten die Befugniß, selbst zu bestimmen, zu welcher Religionsgemeinschaft sie sich halten wollen, abgesprochen, bis sie mündig geworden sind.

Nur in einer Hinsicht ist die Commission von dem Beschlusse, die confessionelle Erziehung der Kinder den Landesgesetzen zu überlassen, abgegangen; sie hat beschlossen, daß dem Vormund die Sorge für die confessionelle Erziehung des Mündels entzogen werden kann, wenn er nicht dem Bekenntnisse angehört, in welchem das Mündel zu erziehen ist. Bei der Berathung der Bestimmungen über die Vormundschaft hatte man diese Vorschrift zuerst nicht angenommen, erst hinterher ist es gelungen, diesen reactionären Beschluß herbeizuführen.

Wenn die Waischlappen Männer wären, da man könnte man sie nicht als Waischlappen bezeichnen, leitend geistern die ehrsame „Königin“. Gelegentlich des nahenden Geburtstages Bennigsens, der es nicht einmal zum Minister gebracht hat, erhebt sie ein Jammer- und Klagesied darüber, daß „das Bekenntniß zum Liberalismus gleichbedeutend sei mit dem Ausschluss von allen leitenden Stellungen in der Regierung“ und schließt mit der Bemerkung:

Wenn der Liberalismus entschlossen ist, sich die Zurücksetzung, der er seit Begründung des Verfassungsstaates ausgesetzt ist, nicht ferner gefallen zu lassen, wenn er dem kräftigen Wort die feste That folgen läßt, so wird er sich die Gleichberechtigung, die er nicht als Gnade zu erbitten, sondern als Recht zu fordern hat, eher sichern als durch alle Verleumdung und Rechnungsträgerei.

Ja, wenn! Wenn das Wasser den Berg hinauf fließen, wenn das Lamm den Wolf frißt, wenn Bennigsen kein „Staatsmann“, aber ein Mann ist, wenn Engen Richter sich der zärtlichen Umarmung der Bierbrügger entzieht, wenn die Quadratur des Kreises gefunden ist, wenn der Nie- und Rimmerstax erschienen

doch sicher nicht, ohne Alarm zu machen, mich auf's Aeußerste zu verteidigen, oder gar das Haus anzuzünden, wenn es Noth thut!“

„Und nun erst, wenn ein Haus voll von Waffen ist, wie Mr. Strattons“, sagte der Doctor nicht ohne Sarkasmus, „Mr. Strattons Privatzimmer ist das vollständige Arsenal.“

„Ein einziger Schuß brächte die ganze Nachbarschaft auf die Beine“, versicherte Mr. Blant.

„Erlauben Sie mir den Einwurf, daß Sie das Abfeuern eines Gewehres in einer Stadt von Erfolg begleitet sehen würden, jedoch hier, fast auf dem platten Lande, würde das nutzlos sein. Ich will einen Revolver abfeuern hier an diesem Fenster und ich wette, daß man den Knall aus der Landstraße kaum hört“, behauptete Mr. Stratton.

„Am Tage allerdings nicht, aber in stiller Nacht doch wohl?“

„Wohl“, sagte Mr. Clay nach diesem kleinen Wortgespräch, „wenn dieser Hood so obstinat bleibt wie bisher und nicht bekennt, wird Mr. Strattons Leiche uns den Schlüssel zu dem Geheimniß geben, Gentlemen.“

Stratton hatte währenddem seine Beobachtungen fortgesetzt. Er hob ungehörte Möbel auf und examinierte jedes Fragment derselben. Hin und wieder nahm er aus einer Tasche ein Etui, in welchem Instrumente verschiedener Form sich befanden und öffnete damit mehrere Schubladen. Fund er ein Handtuch, so wendete er es um und jeder Fleck daran war ihm von Bedeutung.

ist — dann werden auch immer noch verschiedene „Wenn“ zu überwinden sein, ehe der Liberalismus das Ziel des Ehrgeizes der „Boslichen“ kommen sieht. Uebrigens ist nichts unberechtigter als die Klage der „Boslichen“. Der Standpunkt der Regierung ist klar erkennbar ein absolutistisch-conservativer; wie kann man da verlangen, daß sie in die leitenden Stellungen andere beruft, als die denselben Standpunkt vertreten! Und wenn sie einmal Ausnahmen macht, wie es bei der Berufung des „liberalen“ Miquel geschehen ist, dann hat der Liberalismus sich am wenigsten darüber zu freuen. Und wer weiß, wenn die Regierung es wirklich einmal wieder mit einem Ausnahmegezet, mit einem Socialistengesetz oder gar noch mit der Vernichtung des abgemeinen Wahlrechts versuchen will, ob sie nicht dann die Tage gekommen glaubt, in denen sie den liberalen Bennigen ins Ministerium beruft. Was die reactionärste Regierung sich nicht zu versuchen unterfangt, das brächte der liberale „Staatsmann“ fertig.

Der Großherzog von Baden hat auch in diesem Jahr wieder auf einem Kriegerfest, und zwar diesmal auf dem des Dosgauerbundes in Baden eine Rede gehalten, in der er u. A. sagte, daß zur Zeit, da er in das Heer eingetreten sei, Gutes geschaffen worden sei, das aber von schlechten Tendenzen gestört und schließlich zerstört wurde. Diese Zeit sei eine Schale für die jüngere Generation und er möchte warnen vor einem ähnlichen Mißgeschick. Zerstört sei das Gute worden, weil sich ein Geist kundgegeben, der sich nie vereinbaren lasse mit der staatlichen Ordnung. Es sei nöthig, daß der Geist der Unterordnung Jedem innewohne, und daß sich Jeder unterordne unter die große Gemeinschaft, welche die Interessen des Ganzen einschleße. Seine früher einmal gesprochenen Worte: „Der grade Weg der Ehre ist der beste“, seien vielfach mißverstanden worden, doch er beharre darauf, und sage nochmals: „Der grade Weg der Ehre ist der Weg, den Sie alle gehen müssen, wenn Sie nur wollen.“

Es wird auch jetzt noch einer näheren Erläuterung bedürfen, um zu wissen, wohin die letzte Wendung im Besonderen zielt.

Die „Freisinnige Volkspartei“ wird ihren diesjährigen Parteitag vom 22. bis 24. September in Eisenach abhalten. Nach dem 1893 festgesetzten Organisationsstatut hat die Partei für jeden Reichstagswahlkreis drei Delegirte zu entsenden. Die Delegirten müssen in dem Wahlkreis ihren Wohnsitz haben. Außerdem sind zur Theilnahme an dem Parteitag berechtigt, die Mitglieder der Reichstagsfraction und der gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten, die Mitglieder, die 1890—93 dem Reichstage angehört haben, und die Reichstagscandidaten der Partei von den Wahlen von 1893. Am vorigen Sonntag und Montag war in Berlin der vom Centralauschuß zu Feststellung des Entwurfes eines Parteiprogramms eingesetzte engere Ausschuß, der sich durch einige auswärtige Mitglieder verstärkt hatte, zu längerem Berathungen versammelt, die, der „Freis. Ztg.“ zufolge, unter dem Vorsitz des Abg. Reinh. Schmidt-Eberfeld stattfanden und zu einer „vollständigen

Einigung“ in den einzelnen Punkten führten. Der Entwurf wird demnächst noch einer endgültigen formellen Redaction durch eine Subcommission unterzogen, so daß er einige Wochen vor dem Parteitag in Eisenach veröffentlicht werden kann.

Da darf man gespannt darauf sein, was das neue Programm im Punkte der Socialpolitik bieten wird. Ueber diesbezügliche Forderungen hat man sich im freisinnigen Lager ja schon seit Jahren herumgestritten. Bislang wollte Herr Eugen Richter nicht daran, das Programm seiner Partei nach dieser Richtung hin zu „reformiren“.

Stimmung für kommende erhöhte Militärforderungen macht gegenwärtig die bürgerliche Presse, indem sie folgenden Watschettel zum Abdruck bringt:

„Durch die Arbeiterentlassungen auf den kaiserlichen Werften sind die angeblich arbeiterfreundlichen Parteien auf der Linken in arge Verlegenheit berathet worden, weil sie durch ihr consequentes Ablehnen aller und jeder im Interesse der deutschen Wehrhaftigkeit zur See gestellter Forderung die Thätigkeit der Werften lahm gelegt haben. Sie haben für ihre arbeiterfeindliche Haltung umsonst eine Entschuldigung für sich, als auf die bevorstehenden Folgen der Ablehnung der Ersatzbauten rechtzeitig aufmerksam gemacht worden ist. Es wäre nur zu wünschen, daß der nächste Reichstag sich derselben erinnern und weiteres Umsichgreifen der Calamität durch ausreichende Bewilligungen aufhalten wolle. Die Marineverwaltung ist bestrebt, durch geeignete Maßregeln die Ausdehnung der Arbeiterentlassungen in diesem Etatsjahre noch nach Möglichkeit zu beschränken, würde aber im nächsten vor außerordentlichen Schwierigkeiten stehen, wenn den Werften wiederum fast keine Schiffbauarbeiten zugewiesen werden könnten.“

„Si, ei, welch' rührende Fürsorge für die Arbeiter! Und wie wohlwollend der Rath klingt, doch in Zukunft ja die neuen Kriegsschiffe zu bewilligen, natürlich „nur deshalb,“ damit die Arbeiterentlassungen eingeschränkt werden können. Dieser demagogische Kniff wird seinen Zweck schwerlich erreichen, sintemalen die Arbeiter wissen, daß sich die Staatsbetriebe nicht scheuten, Tausende von Bergarbeitern abzulegen, die es gewagt hatten, von ihrem Coalitionsrechte Gebrauch zu machen und daß die kaiserliche Werft gegebenen Falls ebenso rücksichtslos verfahren würde, wie die fiscalischen Bergwerke. Das Ganze ist nur Spiegelschere, es handelt sich nur um einen Druck auf den Reichstag zu Gunsten neuer Militärforderungen. Will man der Arbeitslosigkeit entgegenwirken, so hätten wir einen anderen Vorschlag. Man vermindere das stehende Heer oder führe die einjährige Dienstzeit ein und verwende die dadurch erzielten Ersparnisse zu Eisenbahnbauten, zur Herstellung von Canälen, Flußcorrectionen, zur Erbauung von Schul- und Waisenkäusern, Krankenheilanstalten zur Colonisation unfruchtbarer Ländereien, zu Meliorationen aller Art. Damit könnten Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt werden, das Verkehrsweisen gefördert, das Schul- und Sanitätswesen gehoben und für die Production von Nahrungsmitteln große Strecken Landes gewonnen werden. Eine solche Culturarbeit wäre des deutschen Reiches würdig.“

Der lächelnde Finanzminister. Die Aeußerung, die Finanzminister Buchenberger über die Deckung der Kosten der Militärvorlage im badischen Landtage gemacht hat, liegt nunmehr auch im stenographischen

graphischen Kammerbericht vor. Sie lautet wie folgt:

„Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen zu bemerken, daß ich mich eines Letztens nicht erwehren konnte, wenn ich Vorschläge, welche die aufgestellt worden sind, als „et was möglich“ die Kosten der Militärvorlage von anderthalb bis zwei Millionen (Antheil Baden) lediglich im Wege des höchsten Belags der leistungsfähigsten und kräftigsten Schuttern herbeizuführen.“

Minister Eisenlohr bezeichnete es einmal als Aufgabe der Oberamtänner und der Amtsverordneter, sie sollten, zumal in Wahlzeiten, das Volk aufklären. Man hat nicht gehört, daß die Einen oder die Anderen das Volk gewarnt hätten, den Besprechungen über die Deckung der Kosten der Militärvorlage zu mißtrauen, obgleich doch im badischen Finanzministerium dieses Mißtrauen lebendig war. Man hat die Officiellen unmögliches versprechen lassen und sich beunruhigt, insgeheim über die gutgläubige Wählererschaft zu lächeln!

Das Bekanntwerden dieser Thatsache wird aber viele Volkstreife gründlich heilen von ihrer Vertrauensbuselei.

Colonialschwärmer, welche mindestens 200 Mark übrig haben, werden von einem Comitee zur Gründung der „Rabenau-Viehucht-Gesellschaft“ aufgefordert, zur Gründung dieser Gesellschaft durch Uebernahme von Actien à 200 Mark beizutragen. Es sollen 750 Actien ausgegeben werden. Zweck der Gesellschaft ist nach dem uns vorliegenden Prospect, in Kaiser Wilhelm's Land eine umfangreiche Viehzucht einzurichten. In Fleisshessern sind in der fraglichen Gegend 70 Europäer, 1000 Chinesen, 750 Javanen und 1000 Melanesen vorhanden, welche also die Actiengesellschaft mit Fleisch zu versorgen genentt. Die Rentabilitätsberechnung, welche das Gründungs-Comitee entwirft, verzeichnet an Ausgaben im ersten Jahre 150,000 Mark (Soviel soll das Gründungs-Capital betragen), im zweiten Jahre 25,000 Mark, im dritten Jahre 27,000 Mark, in drei Jahren also 202,000 Mark; an Einnahmen im ersten Jahre 39,400 Mark („ausgerechnet“), im zweiten Jahre 46,000 Mark, im dritten Jahre 52,000 Mk., zusammen in drei Jahren 137,400 Mk.: macht weniger Einnahme als Ausgabe 64,600 Mark.

Hoffentlich überlassen es hiernach die kleinen Sparrer den reichen Leuten, die Rabenau-Viehucht-Gesellschaft zu gründen.

Der „Arbeiterfreund“ Eugen Richter schreibt in seiner „Freisinnigen“:

„Bei Geistes sind die socialdemokratischen Vöthcher-gefallen sind, darüber berichtet die „Niederrh. Volksztg.“ folgendes: Im vorigen Jahre veranstaltete die Schultheiß'sche Brauerei für sämtliche Angestellte und Arbeiter der Brauerei, sowie deren Familien eine gemeinsame Landpartie in die Umgegend von Berlin. Die Brauerei stellte die erforderlichen Wagen mit Guirlandenschmuck und Fähnchen, ein Musikcorps, lieferte für das Waldfrühstück das Bier etc. und zahlte außerdem noch jedem Angestellten 4 Mark 50 Pf. (außer dem Tagelohn) zur beliebigen Verwendung. Die einzige Bedingung, welche die Brauerei stellte, war der Wunsch, es solle an dem betreffenden Tage vor Antritt der Landpartie bis 8 Uhr früh gearbeitet werden, um unausschiebbare Arbeiten zu erledigen. Die Vöthcher der Schultheiß'schen Brauerei aber verlangten brüsk, auch von dieser kurzen Arbeit be-

blieb er bis zu seinem am 10. September 1878 erfolgten Tode meist besinnungslos, so daß selbst eines der am schamlosesten bei der Socialistenbege beteiligten Blätter, der „Berliner Börsen-Courier“, zugestehen mußte: „Nichts ist ermittelt worden und über nichts hat man Auskunft erlangen können.“

Jene Ermittlungen hatten nichts Anderes ergeben als das Eine: daß ein Mensch, voll Eitelkeit, bestrebt, eine That zu thun, die ihn unsterblich machen soll, gewillt, die Welt aus ihren Fugen zu heben durch ein Verbrechen, in der Idee, dieselbe Welt, die er in Verwirrung und Bestürzung setzt, zu beglücken (?) — daß dieser eine Mensch die That allein, ohne Mitwissen Anderer, ohne Mitthätige, ohne Complicanten geplant und ausgeführt hat.

Gleich nach dem Kobling'schen Attentat ging die verstärkte Socialistenbege los, zu der eine Depesche des von Bismard beeinflussten Wolff'schen Telegraphenbureaus das Signal gab, indem es in alle Welt hinaus log: Kobling habe in der ersten mit ihm angeordneten Vernehmung zugegeben, „Socialdemokrat zu sein und Mißthätige zu haben.“ Diese Angaben waren von A bis Z erfunden. In der letzten Zeit hat sich allerdings herausgestellt, wie der socialdemokratische Abgeordnete Schippel in der Reichstagsitzung vom 15. December 1893 feststellte, daß Kobling bei einer Partei mindestens nachträglich Verehrer seiner That gefunden hat und es vielleicht doch wohl überlegte wirthschaftspolitische Gründe waren, die ihn zu seinem Attentat veranlaßten, aber nicht im Interesse

Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

Von Emanuel Wurm's Volks-Lexikon.

(Fortsetzung.)

Außerdem stand fest, daß Hödel am 5. April 1878 wegen Unterschlagung von Abonnementsgeldern als Colporteur der socialdemokratischen Zeitung „Fackel“ in Leipzig öffentlich gebrandmarkt und am 9. Mai vom Seiten des socialistischen Centralwahlcomitees in Leipzig definitiv aus der socialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden war; ebenso wurde sofort bekannt, daß Hödel am 29. April 1878 sich hatte als Mitglied der Stöder'schen christlich-socialen Arbeiterpartei aufnehmen lassen und im Verhör sich als einen „Anarchisten von reinstem Wasser“ ausgab.

Hödel wurde hingerichtet, obwohl in dem Urtheil des Staatsgerichtshofes zugegeben wird, daß Hödel als ein „geistig wie körperlich zerrütteter Mensch“ zu betrachten sei. Man weigerte sich auch, nach Hödel's Hinrichtung dem Gesuche des Professors Virchow zu entsprechen, ihm den Kopf des Hingerichteten zur anatomischen Untersuchung zu überlassen. Der Gerichtshof hatte die Zurechnungsfähigkeit Hödel's ausgesprochen: die Untersuchung Virchow's hätte vielleicht Anhaltspunkt für das Gegentheil ergeben. Obwohl die Anarchisten später feierlich den Hödel als den Ihrigen feierten

(Wost hat in der „Freiheit“ gleich nach 1880 angefangen, Hödel und Kobling als „Socialrevolutionäre“ zu reclamiren), ist dieser doch nicht als ein mit Bewußtsein handelnder Politiker zu betrachten, für den man irgend eine Partei verantwortlich machen kann.

Dem Reichstage ging schon neun Tage nach dem Attentat (am 20. Mai) ein Gesetzentwurf zur Abwehr socialdemokratischer Ausschreitungen zu. Im Namen der socialdemokratischen Abgeordneten wies bei der Berathung dieses Entwurfs Ledtnecht auf die Erbarmlichkeit hin, die dieses Mordattentat „einer Partei aufzuwälzen will, die den Mord in jeder Form verurtheilt und die wirthschaftliche und politische Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffaßt.“ Der Reichstag lehnte den Entwurf mit 243 gegen 60 Stimmen (Conservativ: und drei national-liberale Professoren: Beseler, Gacis und Trützschke) ab, trotzdem Bismard den Culturkampf-Minister Fall noch rasch entlassen hatte, um das Centrum für sich zu gewinnen. Aber Bismard brauchte, wie er später selbst gestand, einen neuen, schuppjägerisch genannten Reichstag.

Als am 2. Juni Kobling geschossen hatte, wurde der Reichstag am 11. Juni aufgelöst, weil er das Hödelgesetz nicht angenommen hatte. Auch für das Attentat Kobling's kann weder die anarchische noch die socialdemokratische Partei verantwortlich gemacht werden. Noch kurz vorher hatte Kobling in national-liberalen Versammlungen zu Dresden die Socialdemokratie bekämpft. Da er sich bei seiner Verhaftung durch einen Schuß in den Kopf schwer verwundet hatte,

freit zu werden, und folgerten sich dann, die Landpartie mitzumachen.
 Die Wittbgeresellen haben ganz richtig gehandelt. Wenn sie von morgens 3 Uhr bis 8 Uhr schwer arbeiten sollen, um dann aus Gnad' und Barmherzigkeit der prächtigen Capitalisten eine Landpartie mitmachen zu dürfen, so thun sie gut, auf dieses „Wohlwollen“ der Ausbeuter zu verzichten. Eine Lust zum Spazieren gehen ist dann nicht mehr vorhanden. Im Uebrigen verächtlichen Charaktervolle Arbeiter auf ein Almosen der Unternehmer, sie verlangen von ihnen gebührenden Lohn und machen ihre Partien für sich und wenn es ihnen paßt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Minister-Crisis dauert fort, die Parlamente haben bis zur Lösung derselben ihre Thätigkeit eingestellt. Die Wiederberufung Welerle's gilt als wahrscheinlich.

Die Wiederberufung Welerle's als ungarischer Ministerpräsident scheint nunmehr in der That sicher zu sein. Der Kaiser hat nochmals Koloman Tisza und und Koloman Szell empfangen, die beide diese Lösung empfahlen. Der Kaiser seinerseits soll mehrere Personen, darunter den Präsidenten des Oberhauses, bevollmächtigt haben, mitzutheilen, es sei sein Wunsch, daß die Civilehe im Oberhause durchgehe. Unter dieser Voraussetzung wird denn wohl Welerle auf die weiteren Garantien verzichtet. Streiftig ist nur die sonstige Zusammensetzung des Cabinets, und zwar wesentlich, ob der Justizminister Szilagyi bleibt. Dieser hat allgemein wenig Sympathien, Welerle will ihn aber zunächst halten, da er der Urheber der Civil-ehegesetzvorlage ist.

Italien.

Die Nachrichten über die Ministercrisis in Italien bestätigen sich. Ein äußerer Grund lag für dieselbe nicht vor. Die Majorität, mit welcher Crispi's Antrag auf Bildung einer parlamentarischen Commission zur Berathung der finanziellen Maßregeln angenommen wurde, hat zwar nur etwa elf Stimmen betragen, allein eine Majorität war es trotzdem. Die Stimmung in der Kammer war freilich keine günstige; es wurde eine Ersparniß von sieben Millionen verlangt, indessen wäre das doch kein Grund zur Demission. Daß Crispi nicht gehen wird, erscheint außer allem Zweifel; warum lassen ihn aber seine Mitarbeiter im Stiche? Es scheint, daß hinter den Coulissen etwas vorgegangen ist, wonon die Öffentlichkeit verläßlich noch nichts erfahren soll.

Serbien.

Ein Berichterstatter des „Gaulois“ hat den jungen König von Serbien besucht, dabei aber nichts erfahren, was man nicht schon wußte. Alexander I. will, wie er sagte, keine große auswärtige Politik machen, weder aus Berlin oder Wien, noch aus Constantinopel ein Lösungswort holen, aber mit allen Nachbarn in Frieden leben. Daß Serbien unerschrocken

der Arbeiter, nicht als Socialist oder Anarchist, sondern im Interesse der Großgrundbesitzer, die nach Schutzgeldern für Getreide verlangten, während Bismarck damals noch Freihändler war.

1891, nach Abschluß des von den Agrariern behaupteten österreichischen Handelsvertrages wieder die „Deutsche Landwirtschafts-Zeitung“, die jetzt das Redaktionsorgan des Congresses deutscher Landwirthe, der Steuer- und Wirtschaftsreformer, der deutschen Landwirtschaftspartei, sowie des Bundes der Landwirthe“ ist, eine über wissenschaftliche Arbeiten aus dem Jahre 1876, der sie nachschrieb, diese Arbeit habe im damaligen Schilde des wirtschaftlichen Lebens auf das Genante erkannt, die Wurzel der damaligen agrarischen Noth angedeutet. Erst zum Schluß nannte die „Deutsche Landw.-Z.“ den Namen des Berichterstatters: Dr. Karl Rohlfing und fügt hinzu: „Hätte man dem jungen Mann das Schreiben Schutzgeldern in die Ohren flüstern können, so wäre er vielleicht auf andere Gedanken gekommen! Er aber gab er auf anderen verfahrenen allen hässlichen Herrn einen Schutzgeldern ab, verwandelt dann noch den eindringenden Schutzgeldern das gegenüberliegenden Huteis und schuf sich schließlich selbst eine Revolverkugel in den Kopf. Fürth Bismarck, selbst ein geborener Landwirth, und das er selbst dem. Mit der ganzen Energie seines Willens und mit der vollen Macht seiner gewaltigen Vernunftschärfe hat er für Selbstmord ein.“

(Fortsetzung folg.)

gegen Rußland sei, müsse er als „eine Verleumdung“ bezeichnen. Seine einzige Politik sei Beruhigung, Consolidirung Serbiens im Inneren. Die Radicals hätten Alles durcheinander gemacht. Von 68 Millionen des Budgets seien nur 12 Millionen für die Armee bestimmt. Keine Autorität, keine Sicherheit — im October seien 19 politische Morde vorgekommen — kein Vertrauen, kein Fortschritt. Am meisten hätten ihn die gegen seine Familie erlassenen Gesetze geärgert. Lediglich aus Liebe zu seinem Vater habe er diesen zurückberufen. Den Führern der Radicals müsse man zeigen, daß man auch ohne sie regieren könne.

Wenn nur die Serben Jung-Alexander und seinem Vater, dem Pariser Jubälter, auch bald zeigen wollten, daß sie ohne die Weiden regieren können.

Rumänien.

Studentische Rohheiten. In Bukarest befindet sich ein ungarischer Verein, dessen Mitglieder in diesen Tagen ein Fest veranstalten; daß dieses Fest den im Klausenburger Proceß errungenen schmachlichen „Sieg“ über die Rumänen feiern sollte, ist kaum anzunehmen. Trotzdem entschloß sich die rumänische Jugend, auch einmal thätig einzugreifen und zu beweisen, daß sie die „würdige Nachfolgerin Michaelis des Tapferen ist“. Der ungarische Verein wurde meuchlings überfallen, die Ungarn geschlagen, ihrer Fahne beraubt und letztere auf einem Scheiterhaufen verbrannt.

Der „Adevarul“, dessen Chefredacteur unser Genosse Sakalbaja ist, vertrat bei dieser Gelegenheit den Standpunkt, den ein jeder gebildeter Mensch vertreten mußte. Er geißelte das rohe Verhalten der rumänischen Bourgeoisöhnen, hielt ihnen vor, daß sie jetzt dasselbe begehen, und noch in viel schlimmerer Weise, was die ungarischen Studenten gelegentlich begangen haben. Diese Wahrheiten schienen die Studenten sehr zu verlegen, sie riefen eine Versammlung ein, um Stellung gegen den „Anti-Nationalismus“ und die „gemeine Haltung“ des „Adevarul“ zu nehmen. Fünfhundert (?) an der Zahl, sammelten sie aus jedem rohen Bukarester Pöbel, der während der Wahlzeiten alle Hüpfereien und Unordnungen „von Regierung wegen“ veranstaltet, und sogar zur Redaction des „Adevarul“. Die eisernen Säulen der Redaction waren geschlossen. Schon wollten sie abziehen, da erwiderte Jemand eine schwächere hinterer Thüre, sie drangen in das Redactionelocal ein, demolirten alles was sie vorfanden; nichts wurde verschont, Bücher, Druckformen, Schränke, Fenster, alles wurde zerstört und zerstört. Es endete, nachdem nichts mehr ganz geblieben war, die Polizei eingriff und die Thüren „mit in Stücke“ einwarf. Nachher begann eine förmliche Jagd nach der letzten Nummer der Zeitung; den Zeitungsstücken wurde mit Zerückung ihrer „Stellen“ angedroht, falls sie die Zeitung zum Verkauf anbieten. Die ungenutzten Zeitungscolportiere wurden aufgehalten, ihre Zeitungsrepliquen zerstört, der Paris wurde ihnen aber erlassen.

Der Saal des „Adevarul“ ist in einer solchen Weise demoralisirt, daß das Erscheinen der Zeitung eingestellt werden mußte. Nachdem die Herrn Studenten nur dem Dandol „Michaelis des Tapferen“ 20 Exemplare der Zeitung vertrieben hatten und dadurch gezeigt haben, daß sie ihre wüthigen Nachfolger sind, sagen sie sich zurück und „bestimmten“ zunächst den „Adevarul“. Sie beschloßen, alle Mittel zu gebrauchen, um den Verkauf und Erscheinen der Zeitung zu verhindern. So kauften sie „Schanden der Bourgeois“ und ihre Eltern wäfen von Tod über ihre Gelderhaken. Sie händte der Bourgeois! Ueberall hielt sie plündert. Nur man ist in ihrem eigenen Hause die Schläge fallen, die sie ansetzen, werden sie empfangen! Die unerschrocken des Ungarn das nämliche Volk! Die rumänische Bourgeoisie brüht ab der Unerschrocken, aber welche Unerschrocken begibt sie gegen 500 000 Rubel, die in ihrem Lande wohnen! Sie schenken ab der Nothheit der Ungarn, und sie selbst sind mal wider! Sie belagt das Schreien auf der rumänischen Redaction, und würde sich anstößigen dagegen nehmen, wenn man ihrer Nothheit auch mit den Anstößigen geandert haben würde. Der „Adevarul“ beschloß nun die rumänische Bourgeoisie nicht, muß hat sie aber dem in Ungarn wohnenden Theile der rumänischen Volkes gezeigt, was ihn ermannt, wenn es unter dem Unerschrocken stünde. Nachdem der „Adevarul“ wieder erschienen war, führen vier Studenten von Bukarest, um die vorhandenen Zeitungen zu vernichten, die Redaction beschloß daher durch ihre eigenen Arbeiter die Zeitung verlaufen zu lassen. Als die Studenten auch letzte angreifen wollten, nahmen sie keine, es entstand eine Schlägerei. Die Arbeiter richteten sich zur Theilnahme, sammelten sie hier und schenken für den Schaden eine andere Meinung vor dem geschickten Pöbel her-

gebracht zu haben. Der ganze Vorfall wird natürlich zu einem Kampf der Socialdemokratie gegen die Studenten gestempelt, da Genosse Wille während der Schlägerei zugegen gewesen sein soll. Er wurde auch verhaftet. Ebenso Banactescu, Besitzer der Druckerei und Genosse M. Jonefen.

Die Studenten haben auch die Freiheit gehabt, den Staatsanwalt anzurufen; wenn die rumänischen Gerichte nicht die verpönten ungarischen nachahmen, wird der Ausgang wohl geeignet sein, den Studenten die Lust am Rabau zu nehmen.

Amerika.

Die Uebermacht des Geldcapitals zeigt sich wieder in dem Plane des Hauses Rothschild, die Goldproduction in Transvaal (Südafrika) zu monopolisiren. Die Goldproduction steigt dort ununterbrochen. 1891 wurden dort 52 1/2 Millionen Mark, 1892 87 Millionen Mark, 1893 106 Millionen Mark Gold gefördert. Für das Jahr 1894 wird die Gewinnung von 145—150 Millionen Mark erwartet. Der capitalistische Reingewinn wird auf mindestens eine Milliarde geschätzt, und dazu kommt noch das Capital, das in den Anlagen steckt. Wenn das Haus Rothschild seine Absicht durchführt, die Hauptproductionsstätte des Goldes, das heute nach der Entthronung des Silbers das einzige allgemein anerkannte Währungsmetall ist, monopolisirt, so liegt es in seiner Hand, durch Einschränkung oder stärkste Anspannung der Production dieser auf 7000 Millionen geschätzten Goldvorräthe die ganze Währungsfrage zu beeinflussen und große, in ihren Folgen unabsehbare Preisrevolutionen zu bewirken. Schon jetzt ist, so bemerkt der „Deutsche Oekonomist“, dem wir diese Angaben entnehmen, das Haus Rothschild mit seinen Riesencapitalien auf zahllosen Wirtschaftsgebieten übermächtig thätig. Wo es auftritt, kann es, wenn es will, die schwächer bemittelte Concurrenz niedermersen. Sein Athem ist immer lang genug, um den Wettkampf auszuhalten zu können, und wenn der Gegner ohnmächtig am Boden liegt, kann es den Lauf noch mit frischen Kräften fortsetzen. Wir erinnern nur an seinen Antheil an der Errichtung des Petroleum-Monopols, wo seine Aufgabe war, die russischen Producenten und Interessenten mürbe zu machen und den Amerikanern die Bahn frei zu machen.

Daß dieses Vorgehen des Hauses Rothschild nur uns nützt, sieht ein Capitalistenblatt, wie der „Deutsche Oekonomist“ wohl ein; es schreibt:

„Unser Blatt ist stets ein warmer Anhänger der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gewesen; wir haben die Fortbildung derselben verlangt und die socialistischen Angriffe nach Kräften zurückgewiesen. Aber eben aus dieser Stellung heraus müßten wir solche Auswüchse des Capitalismus tief beklagen. Die menschliche Gesellschaft wird es nicht ertragen, in eine kleine und abnehmende Zahl allgemaliger Capitalisten und ein riesiges Heer von Proletariern aufgelöst zu werden. Ehe wir noch an diesem Ziele angelangt sind, wird sie durch heftige Reaction dagegen sich Luft gemacht haben, selbst unter den nachschickenden und verhängnisvollsten Katastrophen. Alles, was uns diesem Ziel nur um einen Schritt näher bringt, vermehrt die Gefahr eines Umsturzes und eines Unterganges der Cultur. Bis jetzt ist nicht abzusehen, wie sich die Cultur ohne Privateigenthum, ohne engem Zusammenhang zwischen der zielbewußten Thätigkeit des Menschen und seinem wirtschaftlichen Glück soll aufrecht erhalten lassen. Wenn aber das Privateigenthum schließlich in ganz wenigen Händen zusammenrückt, wenn die Unterschiede zwischen arm und reich immer größer, die Kluft zwischen ihnen immer weniger durch eine breite Mittelstandsschicht ausgefüllt sein wird, so wird es fallen. Dann wird die Menschheit es eben einmal mit dem Socialismus versuchen, trotz des sicheren Verderbens, das aus ihm erwirgen wird. Dann wird sich die Menschheit fragen, was haben das gleiche Verderben ist wie drüben und daß man es daher auch drüben einmal versuchen könne. Der socialistische Partei werden mächtig die Segel schwellen. Durch nichts treiben wir sicherer in den Strudel dieser Gefahren als durch Mißbräuche des Capitalismus durch Personmonopole, Syndicate u. s. w. Wenn das Personmonopol thatsächlich die Gewerbefreiheit aufhebt, so liegt es den Akt ab, auf dem es fußt. Wer die gegenwärtige Gesellschaftsordnung untergraben will, trete den ungebildeten Auswüchsen entgegen!“

Das Blatt überschätzt die Bedeutung des Willens der mittl-ten Capitalisten, den Cartellen und den Capitalisten von der Macht eines Rothschild entgegenzutreten, das beweisen die kläglich mißlungenen Versuche einer Gesetzgebung gegen die Trusts in den Vereinigten Staaten. Die Cartelle werden von Tag zu Tag übermächtiger, jagen die mittl-ten und großen Capitalien auf und erlöschern aus die Aufgabe, Riesenunternehmungen zu schaffen. Der langwierige Proceß der Vereinigung des zerstückelten Privateigenthums wird durch die Cartelle beschleunigt, der gesellschaftliche Produktionsbetrieb wird vorbereitet. Die Expropriation der Expropriateure durch die Cartelle erleichtert und beschleunigt wieder die Expropriation der Cartelle durch die Volksmasse, wodurch die socialistische Gesellschaftsordnung herbeigeführt wird.

Parteiangelegenheiten.

In zwölf demokratischen Versammlungen, die insgesamt von ca. 25,000 Personen besucht waren, sprach sich die Hamburger Bevölkerung für die Einführung des Reichs-Wahlrechts auch für die Volkvertretungen der einzelnen Bundesstaaten aus.

Militärhospit. Seitens der Militärbehörde von Bremen ist das dortige Local „Schützenhof“ gesperrt worden.

Die „Pressfreiheit“ in Oesterreich. Einundvierzig Confsationen der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ in ebenso viel Nummern derselben, — das ist die Leistung der dortigen Polizei-Justiz in den letzten Wochen. Unser Wiener Bruderorgan bemerkt zu dieser Mittheilung: „Es hat niemals eine Zeit gegeben, in welcher die Staatsanwälte empfindlicher waren als heute. Es ist unmöglich, irgend einen Erlass, welcher augenfällig das Gesetz übertritt, auch nur annähernd als das zu bezeichnen, was er ist, es ist unmöglich, die Thatsachen einfach zu erzählen, wie sie sich z. B. jetzt in Ostrau nach dem Streik zutragen, ohne der Confsation zu verfallen. Daß der Reichsminister des Staatsanwalts nervös wird, wenn man in einer Rede eines Ministers beim besten Willen nicht den Ausdruck der höchsten staatsmännischen Weisheit und des höchsten sittlichen Ernstes erblicken kann, versteht sich von selbst. So regnet es Confsationen. Dabei ist die Ausführung der „vorläufigen Beschlagnahme“ wieder eine viel energischer und amtseifriger als gewöhnlich. Kleine Armeecorps von Detectiven belagern die Druckerei, die Administration und unsere Verschleißfilialen. Man kann nicht sagen, daß der thatsächliche Effect dieser Bemühung mit dem Aufwand im Verhältniß steht, aber ohne Zweifel wird sie als eine große Belästigung empfunden, und das scheint der löblichen Preßpolizei vollständig zu genügen. Der Herr Justizminister soll im Abgeordnetenhaus erzählt haben, daß die Zahl der Confsationen im letzten Jahre eine kleinere als im Vorjahre gewesen sei. Wir werden dem Grafen Schönborn genau nachrechnen, aber was die Arbeiterpresse zumindest anbelangt, ist die Zahl der Confsationen so gestiegen, daß, wenn die Rechnung richtig wäre, daraus nur hervorginge, daß für die bürgerliche Presse allerdings große Erleichterungen eingetreten sind. Und damit wird sich ja wohl das Abgeordnetenhaus zufrieden geben.“

Todtenliste der Partei. In Dresden-Striesen verstarb am Sonntag der Parteigenosse Rob. Beuhne im Alter von 45 Jahren. — In Offenbach ist der Genosse Chr. Träger, Schneider, nach langem Leiden verschieden. Den Verstorbenen wird von den Parteigenossen ein ehrendes Andenken gewahrt bleiben.

Sociale Uebersticht.

Wegen Tragens republikanischer Abzeichen (Vergehen die Verordnung vom 14. Januar 1849) hatten sich zwei Genossen vor dem Landgericht Leipzig zu verantworten. Die beiden sollen am Nachmittag des 21. Februar diesen Jahres bei dem Begräbniß des Genossen, Productenhändlers Red, Kränze mit breiten rothen Schleifen dem Leichenzuge vorangetragen haben. Durch Strafbefehl des Amtsgerichts hatte deshalb Jacob 4 Tage, Grellmann 14 Tage Gefängniß zudictirt erhalten. Das Landgericht bestätigte das amtgerichtliche Urtheil. Schrumm!

Eingekerkert ist das Verfahren gegen den Redacteur der „Märkischen Volksstimme“, welches wegen Majestätsbeleidigung gegen ihn schwebte.

Achtung, Schmiede! Von Seiten unserer Arbeitgeber wurde in verschiedenen gegnerischen Zeitungen die Bekanntmachung erlassen, daß der Streik der Bremer Schmiede beendet sei. Wir erklären dies als eine plumpe Lüge, denn wir erwarten, daß in kurzer Zeit der Streik zu unseren Gunsten erledigt sein wird. Zugang ist streng fernzugelassen.

Das Streikcomitee der Bremer Schmiede.
J. A.: G. Wiedemann, Bremen.
Friedenstraße 48.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht. Der Streik der Maurer in Schwedt ist noch nicht beendet, aber es hat sich leider eine beträchtliche Anzahl Streikbrecher gefunden, die unter dem Schutze der Polizei von und nach dem Arbeitsplatze geführt werden. Es macht — so schreibt ein Genosse dem „Volksboten“ — das Ganze einen tieftraurigen Eindruck: die Lüge, die sich täglich 4 Mal wiederholen, gleichen einem Gefangenentransport. Und das lassen Arbeiter sich bieten und fallen dabei ihren Brüdern, die um ein besseres Loos kämpfen, in den Rücken.

Der Streik der Bergleute in Bantorf (Provinz Hannover) dauert unverändert fort; anstatt daß die Grubenverwaltung hofft, von den streikenden Berg-

leuten ein Theil anfährt, wird die Zahl der noch arbeitenden täglich geringer. Die Streikenden harren ganz wider Erwarten der Grubenverwaltung aus. Daß es mit dem Widerstande der Grubenverwaltung bereits zu wanken beginnt, zeigt deren jetziges Vorgehen, das allerdings geeignet ist, die Bergleute in noch größerem Umfange zum Nachdenken zu bringen. Seitens der Gesellschaft ist jetzt, wie verlautet, der Aufseher Zimmerhauer, Nabe, nach Obernkirchen gesandt, um dort Bergleute für die Zeche „Antonie“ anzuwerben. Den Bergleuten, die gewillt sind, nach hier zu kommen und hier zu arbeiten, soll ein Schichtlohn von 4 Mk. versprochen werden.

Kleine Rundschau.

Agram. Eine Stütze der Gesellschaft. Der 57 jährige Major J. D. Marko Zaboriana in Agram, wurde wegen abscheulicher Sittlichkeitsverbrechen vom dortigen Gericht zu 5 Jahren schweren Kerkers verurtheilt. 13 Mädchen jenseits waren als Belastungszeugen geladen.

Wien. 3. Juni. Das benachbarte Dorf Copitz war am Freitag der Schauplatz einer grausigen Bluttthat. Der 44jährige Cigarrenarbeiter Merk aus Breslau, welcher, obwohl verheiratet, schon längere Zeit mit der Wädelmachersin Pauline veru. Wittke und deren 12jährige Tochter in Copitz zusammenwohnte, hat gegen seine Geliebte mehrere Revolver-schüsse abgefeuert und sie lebensgefährlich verletzt. Hierauf hat sich Merk durch einen wohlgezielten Schuß selbst getödtet. Das Motiv der That war Eifersucht und verschmähte Liebe.

Hannau. 4. Juni. Auf dem Fußwege zwischen Kesselstadt und Dörningheim wurde gestern Abend unterhalb Schloß Philippsruhe ein schon bejahrter Mann von zwei aus dem Hinterhalt hervorbrechenden Burschen überfallen und beraubt. Sodann schleppten ihn die Strolche an den nahe vorbeistießenden Main und warfen ihn in den Strom, worauf sie verschwanden. Glücklicher Weise ist der Mann an dieser Stelle nicht sehr tief, so daß der Mann Grund fassen und sich retten konnte.

Sobleni. 4. Juni. Ein Soldat des 68. Regiments gerieth verfloßene Nacht zu einer streitenden Menge auf der hiesigen Böhrtstraße. Ohne Weiteres zog er seinen Säbel und hieb in den Menschenmäuel ein. Ein Mann wurde durch Stöße am Kopfe und an der Hand schwer verletzt. Ein in der Nähe wohnender Arzt konnte kaum alle Verwundeten verbinden.

Locales.

Breslau, den 8. Juni 1894.

Die Anträge auf Erweiterung des Bürgerrechts sind abgelehnt; das war das Endergebniß der gestrigen Sitzung der hiesigen Stadtväter. Wir können heut unmöglich auf alle Einzelheiten eingehen, welche bei Berathung der Anträge Heilberg und Bellerode in 1 1/2 stündiger Berathung zum Vortrag kamen, aber es war ein Schauspiel für die Götter, zu sehen, wie diese Anträge abgeschlachtet wurden. Wir müssen allerdings offen gestehen, nie etwas Anderes von der Stadtverordneten-Versammlung erwartet zu haben. Schon die erste Berathung des Antrages Heilberg resp. dessen Aufnahme bewies uns, daß wir auf nichts zu rechnen haben und der Ausschuß I ist in der That zum Grabe desselben geworden; gestern fand das Leichenbegängniß statt. Man muß eben Gelegenheit haben, die hiesigen Stadtväter öfter beobachten zu können, um zu der Ueberzeugung zu kommen, daß sie für derartige Angelegenheiten nicht zu haben sind und wohl nie zu haben sein werden, aus dem einfachen Grunde: die eigenen Interessen gehen vor. Wohl ist es richtig, daß wenige Einzelne vom linken Flügel des Freisinn sich endlich einmal dazu anrafften, um der schreienden Ungerechtigkeit in der Vertretung der steuerzahlenden Bürgerschaft wenigstens theilweise abzuhelfen, und wir wollen auch annehmen, daß diese Männer ehrlich, aufrichtig dabei zu Werke gegangen sind. Es mag ihnen wirklich Ernst damit gewesen sein, der Gerechtigkeit zu Liebe einen Ausgleich herbeizuführen, der einer nach vielen Tausenden zahlenden und steuerzahlenden Masse das wiedergeben sollte, was ihnen mit Unrecht Jahrzehnte lang vorenthalten ward. Aber dieselben Männer, die so mannhaft für die Rechte der breiten Masse eingetreten sind, warum haben sie es erst jetzt gethan? Nun lassen wir dies bei Seite, es war gut, daß die Anträge, vor Allem der Antrag Heilberg, gestellt waren. Eines jedoch kann selbst Herr Heilberg nicht entgangen sein, daß er nämlich von seinen „Freunden“ arg im Stiche gelassen worden ist. Wie soll man sich sonst den Fall eines Antrages erklären? Thatsächlich steht doch die Majorität der freisinnigen Stadtväter in der Stadtverordneten-Versammlung fest, darum müssen sie auch die Verantwortlichkeit für die Ablehnung des erwähnten Antrages tragen, ob sie wollen oder nicht. Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, daß es dem Grob dieser freisinnigen Mannesgeelen — nach der gestrigen Sitzung zu urtheilen — weniger darauf angekommen ist, ihren Freisinn in echter Weise zu betheiligen, sondern: darum nur, von sich reden zu machen, die Blide der Öffent-

lichkeit auf sich gerichtet zu sehen und schließlich, nachdem sie ihr „großes Wort“ nicht verwirklicht ist, sagen zu können, wie haben gethan, was wir für unsere Pflicht erachteten. Warum wurde denn die Abstimmung nicht namentlich vorgenommen? Die Herren waren doch stark genug vertreten, um die hierzu notwendigen 30 Stimmen aufzubringen, damit die Abstimmung derart erfolgen konnte. Angeseuert waren sie dazu doch auch genügend. Da zeigte sich eben der Pferdeschuh nur zu deutlich; 12 bis 15 Unterschriften kamen knapp nach vielen Anstrengungen für einen solchen Antrag zusammen. Ja, wie wir berichtet sind, hat Herr Heilberg selbst seine Unterschrift nicht gegeben, mit der Begründung, seine Freunde nicht bloßstellen zu wollen. Wahrlich, das genügt. Und wenn sich diese „Freunde“ auch durch ein nicht mündlich abgegebenes Ja oder Nein dadurch der Öffentlichkeit entzogen, alle zusammen genommen können sie den Vorwurf nicht von sich schütteln, lediglich ein Scheinmandat veranstaltet zu haben, darauf berechnet, der großen Masse Sand in die Augen zu streuen. Sie haben sich aber gründlich verrechnet, wenn sie dies im Auge hatten. Der Freisinn Breslaus, der sich einst mit den Socialdemokraten zusammenschloß, um die Socialdemokratie totzuschlagen, hat sich auch das geringste Mal bei der großen Masse verschert; niemals kann es dieser passiren, sich vom Freisinn in irgend einer Weise fördern zu lassen. Es war in der That kein Ruhmes-tag für den Liberalismus!

Aber auch manch andere Leutchen konnte man in der gestrigen Sitzung so recht kennen lernen, wie sie mit Recht und Gerechtigkeit herumsprangen. Da ist zunächst der getreue der Devise der Centrumpartei „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ kämpfende Stadtverordnete, nebenbei noch Reichstags- und Landtagsabgeordneter, Rechtsanw. Dr. Porsch, der in der Sitzung als Referent des Ausschusses für die Ablehnung der Anträge sprach. Der Ausschuß also, wie Dr. Porsch referirte, habe sich gegen die Anträge Heilberg und Bellerode entschieden, weil nach seiner Meinung jetzt die ungeeignete Zeit für ihre Annahme wäre. Einmal könne man die sehr wesentlichen Wirkungen des mit dem 1. April 1895 in Kraft tretenden Communalabgabengesetzes im voraus nicht ermessen und zum anderen sei auch zu erwarten, daß überhaupt das Dreiklassen-Wahlrecht durch die Gesetzgebung eine Aenderung erfahre, die nicht minder von günstigen Einfluß auf das Gemeinwohl sein werde. Sehr zutreffend antwortete auf diese Darlegungen Stadtverordneter Heilberg, daß die Veränderungen, welche das neue Communalabgabengesetz hinsichtlich der Belastung der verschiedenen Kreise bringe, ziemlich sicher schon jetzt zu beurtheilen seien; was die Besserung des Dreiklassen-Wahlrechts aber selbst anlange, so scheine ihm wenig Aussicht dafür vorhanden, denn der preussische Landtag in seiner derzeitigen Zusammensetzung werde nie dazu die Hand bieten.

Uebrigens handle es sich bei der vorliegenden Frage gar nicht um diese weitschweifigen, in der Zukunft liegenden, etwa eintretenden Möglichkeiten, sondern nur darum, wem von den hiesigen Steuerzahlern das Bürgerrecht gewährt werden soll, eine Frage, die mit jenen durchaus nichts zu thun hat.

So traten die Stadtv. Heilberg und Bellerode des längeren für den Antrag ein, das Bürgerrecht bei einem Jahreseinkommen von 660 Mark begimmen zu lassen. Sie appellirten an das Gerechtigkeitsgefühl, an den Idealismus ihrer „Collegen“ und suchten ihnen die Furcht vor den Socialdemokraten zu nehmen, mit dem Hinweis darauf, daß diese erst einmal im Stadtparlement, zu „ruhigen“ Stadtvätern würden, die ebenso, wie alle anderen — oder vielleicht noch besser — das Wohl des Ganzen fördern helfen werden. Aber es half nichts, denn mit den Idealen des Liberalismus ist es fällig.

Der „unparteiische“ Herr Bellerode liebte wieder mit seinem Antrage den Census bis auf ein Jahreseinkommen von 420 Mark herabzusetzen, den „freisinnigen Collegen“ wenig unparteiisch entgegenzukommen, denn er ließ so sonderbare und auch spitz Redensarten los, daß ihm die nöthigen Zurechtweisungen zu Theil wurden. Herr Herr scheint übrigens einer ebenso merkwürdigen Logik zu huldigen, die gleichzeitig bewies, wie erst es ihm um die Erweiterung des kommunalen Wahlrechts zu thun war. Sein Antrag sollte durchgehen, falls man jedoch nicht für ihn eintrete, sei für diesen Herrn auch der Antrag Heilberg nicht mehr vorhanden. Das nennt sich consequent!

Der Antrag Bellerode scheint uns überhaupt nur eingebracht worden zu sein, um den Antrag Heilberg nicht nur bloß an sich zu überdrumpfen, sondern Wirkung zu erzeugen und diesen zu Fall zu bringen

Wie schon oben bemerkt, ist der Antrag Heilberg abgelehnt, wie wir vorausgesehen hatten. Die Rechtslosigkeit einer großen Masse steuerzahlender Einwohner Breslaus ist damit offen und für die fernere Zeit proklamiert worden, der Ausschluß ungezählter Tausende von der rechtmäßigen Theilnahme an der Verwaltung der Commune, von der Wahrnehmung ihrer Interessen. Freilich, der größte Theil der gestern versammelten „Auserwählten“ hatte nur ein cynisches Lächeln für die Wärme, mit der der Antrag Heilberg zur Annahme empfohlen wurde. Wir glauben es den Stadtvätern gern, daß sie sich auf ihren Sitzen im Stadtparlament sehr wohl befinden und nicht im geringsten eine Aenderung dieses Zustandes wünschen. Ist es doch so gemüthlich, wenn man in der bisherigen Weise fortwurstelt, ohne von unbequemen, „auf-rührerischen“, „umstürzlerischen“ Elementen gestört zu werden. Doch dessen können diese „Auserwählten“ der „Bürgerchaft“ sicher sein, auch wir, die Socialdemokraten, die zielbewußte Arbeiterschaft Breslaus, der vierte Stand, der wohl zum Steuerzahlen gut aber aller Rechte ledig ist, werden weiter fortarbeiten, die große Masse aufzurütteln, aufzuklären und zu der Erkenntniß zu bringen, daß sie neben den vielen Pflichten auch unumkündliche Rechte hat, die zu sie erlämpfen allezeit be-
 * * *

[Die bedeutungslos das Arbeitsnachweise-Bureau] des „Vereins gegen Verarmung und Bettel“ ist, erhält wieder einmal aus den bezüglichen Zahlen über den Monat Mai. Darnach sind von Arbeit-gebern 97 männliche und 128 weibliche Arbeitskräfte verlangt worden, während als Arbeitssuchende nur 33 Personen in das Melderegister neu eingetragen worden sind. Es scheint also hiernach, als wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften härter wäre, als das Angebot, aber das ist eben nur Schein. Wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen, wissen die Arbeiter am besten und ist jüngst von dem, durch die evangelischen Arbeitvereine befaßten gewöhnlichen Pastor Günther, sehr deutlich ausgesprochen worden, mit den Worten, daß hier große Noth herrscht, denn Zehntausende sind ohne Beschäftigung. Die geringe Inanspruchnahme dieses Arbeitsnachweises seitens der Arbeiter und Arbeiterinnen, muß also in etwas anderem begründet sein, sie findet ihre Erklärung in dem Weien der Einrichtung selbst. Abgesehen von einzelnen Be-
 * * *

[Fahiplan-Aenderung.] Eine Aenderung w-
 * * *

[Kor der pädagogischen Dajetwerken.] Nach
 * * *

[Sommer-Exercit.] Siebte Gradlesenen. Für
 * * *

[Straßenputze.] Wegen Reparaturarbeiten wird
 * * *

[Keristie Kinder.] Am 6. d. M. Nachmittags,
 * * *

verirrt. Das Kind ist mit rothem Kleid und Knöpf-
 * * *

[Unfallsfall beim Feueranmachen.] Am
 * * *

[Durchgehen eines Pferdes.] Am 7. d. Mts.,
 * * *

[Einbruchsdiebstahl.] In Alsdorf bei Hanjen
 * * *

[Verhaftungen.] Am 7. d. Mts., Vormittags,
 * * *

[Gefangenommen.] Am 6. d. Mts., Nach-
 * * *

[Polizeiliche Nachrichten.] Gefunden: ein
 * * *

[Stellung der Bevölkerung.] In der Woche
 * * *

3, an anderen Infectionskrankheiten — an Krebs 13, an
 * * *

[Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten.]
 * * *

Schlesien.

Brieg. Auf die vom Einberufer der Weißdorfer
 * * *

Ulrichsdorf zurück
 * * *

Brieg. Mit der ergebenen Benachrichtigung, daß der Gendarm
 * * *

Der Amts-Sorjcheer.
 * * *

Das Bemerkenswerthe ist nun, daß der in Frage
 * * *

Brieg. 6. Juni. In der heutigen Sitzung
 * * *

Nimritz. 5. Juni. Prähistorisches. Unter
 * * *

Ramskau. 6. Juni. Unfallversicherung. —
 * * *

Cyprien. Bei der am 7. Juni vorgenommenen Wahl
 * * *

Oppeln, 6. Juni. Raubmord. Gestern früh bemerkte ein Gendarmerte-Wachtmeister auf der Oppeln-Groß-Strehliker Chaussee ein Fuhrwerk ohne Führer. Er brachte dasselbe in Sicherheit und benachrichtigte sofort den Eigentümer desselben, dessen Name am Wagen angeschrieben war, davon telegraphisch. Sodann begab er sich die Chaussee entlang, um nach dem Führer zu suchen. Da er denselben auf dem Wege nicht vorfand, suchte er den nahe gelegenen Wald ab. In der Nähe des Stubendorfer Waldes stieß der Beamte auf die Leiche eines Mannes. Der Tod war augenscheinlich durch Messerstiche und Schläge herbeigeführt worden. Der Fuhrwerksbesitzer, welcher aus Oppeln bald herbeigekommen war, recognoscirte in der Leiche die Person seines Kutschers. Da die Uhr fehlte und Geld nicht mehr vorzufinden wurde, ist auf einen Raubmord zu schließen. Von dem Thäter fehlt, nach der „Schles. Ztg.“, bis jetzt jede Spur, doch hofft man, denselben zu ermitteln.

Oppeln, 7. Juni. Bei der Renovation des im Rathhause zu ebener Erde gelegenen Polizeicommissariats ist heute Vormittag nach 10 Uhr eine Gasexplosion erfolgt, welche vermuthlich dadurch hervorgerufen worden ist, daß der an der Wand beschäftigte Maurer aus Unkenntniß einen Schlauchhahn geöffnet hat und die Gasarbeiter die Dichtigkeit der Leitungsröhren leichtsinnigerweise durch Anhalten eines brennenden Streichholzes geprüft haben. Die Detonation war so stark, daß der ganze Rathhausflügel erzitterte und die eingedrückt Fensterscheiben weit über die Straße geschleudert wurden. Von den in diesem Locale beschäftigten vier Arbeitern ist nur der Maurer besinnungslos herausgetragen worden, die anderen kamen mit dem Schrecken davon.

Ratibor, 7. Juni. In der Nacht zum Dienstag fand ein Bahnwärter auf der Strecke zwischen Hammer und Renda einen Mann todt auf dem Bahndamm. In dem Todten wurde der Arbeiter Josef Gamliga aus Woinowitz im Kreise Ratibor erkannt, der in Ratiborhammer in Arbeit stand. Gamliga hat das Bahnplanum als Fußweg benutzt, ist von einem Zuge erfaßt und getödtet worden. Der Kopf des Todten wies schwere Verletzungen auf.

Randzin, 6. Juni. Ueber einen Todtschlag wird der „Rattowitzer Zeitung“ geschrieben: Auf der Bahnstrecke Kosel-Hammer ist heute früh ein junger Mann todt aufgefunden worden, welcher etliche Messerstiche im Genick und Hals hatte. Die Mordgesellen haben denselben, um den Anschein zu erwecken, daß der Unglückliche überfahren worden sei, auf die Bahnstrecke geschleppt. Der Ermordete soll am Tage vorher einer Hochzeit beigewohnt haben.

Rybnitz, 5. Juni. Todlicher Getroffen. Gestern Abend wurde, nach dem „Ratiborer Anzeiger“, in Paruschowitz bei Rybnitz beim Einschließen eines Gewehres der Eisendreher Werner durch eigene Unvorsichtigkeit in den Unterleib getroffen. W. starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Slogau, 6. Juni. Der Oberkahn, der am dritten Pfingstfeiertage aus dem Strome hinter dem Schützenhause in Brand gerathen und darauf unter Wasser gesetzt worden war, ist, nach dem „Niederschl. Anz.“, in den letzten Tagen an das Ufer unterhalb der Eisenbahnbrücke gebracht worden und wird nun von Arbeitern vollends zerschlagen. Das Holz ist verkauft worden.

Aus den Nachbarprovinzen.

Songrowitz, 5. Juni. Zwei Kinder verbrannt. Am 3. d. Mts. gegen 2 Uhr Nachmittags, ist im nahe gelegenen Stall beim Ackerwirth Ewert abgebrannt. Leider sind dabei zwei Kinder einer Arbeiterfamilie, ein Knabe von sechs und ein Mädchen von drei Jahren mitverbrannt. Wahrscheinlich haben die Kinder mit Streichhölzern gespielt und dadurch das Feuer hervorgerufen; die Kindern werden dann beim Spiel eingeschlafen und erst aufgewacht sein, als das Feuer schon zu weit um sich gegriffen hatte, und sie sich nicht mehr retten konnten.

Gerichtliches.

Breslau, 7. Juni. Beleidigung durch die Presse. Nummer 157 der „Bresl. Morgen-Zeitung“ vom 4. April d. J. enthält einen Artikel, in welchem die Ordnung der Köchinnen in Wenzig besprochen wird. Der Vorstand des dortigen Bürgervereins hatte im Auftrage einer Versammlung desselben ein Gesuch an den Magistrat um Abänderung einiger Punkte des Feuerlöschreglements gerichtet, worauf der Magistrat in seiner Antwort es schroff ablehnte, mit einem Verweis in Verhandlungen zu treten. Hieran waren seitens des genannten Blattes einige redactionelle Bemerkungen getnüpft worden, welche dem Bürgermeister Knichale Veranlassung zur Stellung des Strafantrages gegen den verantwortlichen Redacteur Paul Doelle gaben, welcher sich gleichzeitig als Verfasser des Artikels bekannte. In der heutigen Verhandlung vor der I. Strafkammer beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten 200 Mark Geldstrafe event. 20 Tage Gefängniß. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Ullendorff, plaidirte unter Berufung auf den Schutz des § 193 des Strafgesetzes für Freisprechung, da er durch Vernehmung eines Vorstandsmitgliedes des Bürgervereins, des Gasthofbesizers Anders, nachgewiesen hatte, daß dieser den Redacteur Doelle direct um Besprechung der Angelegenheit ersucht hatte. Nach einem Plenarbeschlusse der vereinigten Strafkammern des Reichsgerichts vom 6. Juni 1891 hat in einem solchen Falle der Redacteur unbedingt den Anspruch darauf, daß er berechnigte Interessen wahrgenommen habe.

Das Strafkammer-Collegium erkannte auch an, daß dem Angeklagten der § 193 zur Seite stehe, er habe aber, wie aus den qu. Bemerkungen hervorgehe, die Absicht der Beleidigung gehabt. Das Urtheil lautete auf 30 Mark Geldstrafe event. 3 Tage Haft, und der Beleidigte erhielt außerdem die Publikationsbefugniß zugesprochen.

Amtsvergehen eines früheren Gendarm. In geradezu empörender Weise hat sich ein Vorfall am 5. December d. J. im Scheinerischen Gasthause zu Naclo abgespielt, der zur Folge hatte, daß der frühere Gendarm, jetzige Strafanstalts-Aufsesser Louis Mielke aus Striegau sich wegen Ueberschreitung der Amtsbefugnisse vor der Strafkammer in Beuthen D.S. zu verantworten hatte. Am 5. December d. J. kam, wie durch die Beweisaufnahme festgestellt wurde, der Kunstgärtner Georg Kulawit nach Naclo, wo damals Mielke stationirt war, um sich um eine von der gräflichen Herrschaft ausgeschriebene Stelle zu bewerben. Kulawit begab sich Abends in das bezeichnete Gasthaus, wo er übernachtet wollte. Er wurde in das für ihn bestimmte Zimmer geleitet, kam aber bald wieder herunter und betrat aus Versehen die Billardstube, in welcher der Gendarm mit dem stellvertretenden Amtsvorsteher saß. Ersterer rief ihn sofort zu: „Was willst Du hier, Du Lump!“ K. gab eine unanständige Antwort und trat in den Hausflur zurück; der Gendarm, welcher ihm folgte, versetzte ihm nach der eidlischen Aussage des K. einen Schlag. K. fiel die vier Stufen hohe Treppe, die vom Hausflur nach dem Hofe führt, hinunter und behauptet, bei dieser Gelegenheit sein linkes Bein gebrochen zu haben. Von da wurde K. nach dem großen Schankzimmer geschafft, wo er wiederum von dem Gendarm geschimpft und nochmals geschlagen wurde; in Folge dieses Schlages fiel K. von einer Bank und brach einen Arm. Jammern will nun K. ausgerufen haben: „Was werde ich jetzt mit meiner Familie anfangen?“ Und erregt fuhr er fort: „Das habe ich nicht gedacht, daß es solche Schweinhunde in Deutschland giebt!“ Nach K.'s weiterer Darstellung hat darauf der Gendarm gerufen: „Was, Du Lump, Du willst schimpfen?“ und drohend setzte er ihm (nach Bestätigung auch anderer Zeugen) den Revolver auf die Brust mit den Worten: „Ich habe das Recht, Dich todzuschießen!“ Der Stellenbesitzer Heide und verschiedene andere Zeugen befanden, daß K. den Gendarm gefragt habe: „Warum schlagen Sie mich mit dem Säbel?“, worauf Mielke geantwortet habe: „Dazu habe ich ihn ja!“ Der stellvertretende Amtsvorsteher gab sich sodann als Arzt aus und untersuchte den K. und constatirte, daß ihm nichts gebrochen sei.“ K. wurde nach seinem Zimmer geschafft und am anderen Morgen dem Kreiskrankenhaus zu Tarnowitz überliefert, in dem er 4 Monate zubrachte; er ist aber Krüppel geblieben. Staatsanwalt Lübke hielt, wie die „Oberchl. Grz.-Zeitung“ berichtet, den Angeklagten für überführt und war der Ansicht, daß solch Betragen eine exemplarische Strafe verdiene; er beantragte in Folge dessen 1 Jahr 6 Monate Gefängniß und sofortige Verhaftung. Der Gerichtshof billigte aber dem Angeklagten mildernde Umstände zu und ging bei der Strafzumessung von dem Gedanken aus, daß die Darstellung des Sachverhalts seitens des K. wohl übertrieben sei. Wegen Körperverletzung im Amte erhielt der frühere Gendarm 1 Monat Gefängniß. — Diese geringe Strafe wird den früheren Gendarm allerdings nicht abhalten in ebenso empörender Weise seine Amtsgewalt als jetziger Strafanstalts-Aufsesser zu mißbrauchen.

Reichsgerichts-Entscheidungen.

Leipzig, 6. Juni.

Eine eigenartige Behandlung seiner Dienstmädchen brachte den Rentner Ambrosius Schieffer in Lindenthal auf die Anklagebank. Er hat Dienstmädchen, die nur kurze Zeit hintereinander bei ihm in Stellung waren, mit dem Fuße getreten und getroffen, also körperlich mißhandelt. Als eine spätere Dienstmagd am 22. April ihm ihre Absicht kundgab, den Dienst zu verlassen, schimpfte er sie „schlechtes, nichtsnutziges Mensch“, mißhandelte sie gleichfalls und schloß sie in die Wohnung ein, sodas sie längere Zeit ihrer Freiheit beraubt war. Das Landgericht Bdln verurtheilte den Herrn Rentner am 24. Februar wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung in drei Fällen und Beleidigung zu 1 Woche Gefängniß und 100 Mark Geldstrafe. — Die Revision des Angeklagten, welche unrichtige Gesetzes-Anwendung behauptete, wurde heute vom Reichsgericht verworfen.

Vom Gewerbegericht.

Vorsitzender: Stadtrath Peterson. Sitzung vom 7. Juni.

In der heut abgehaltenen Sitzung kamen u. a. folgende Streitfälle zur Verhandlung: Der Möbellekter Neumann klagte gegen seinen früheren Dienstherrn auf Zahlung von 24 Mk. Lohnentschädigung für 14 Tage wegen vorzeitiger Entlassung. Der Beklagte beantragte die Abweisung der Klage, indem er geltend machte, daß er den Kläger, der sein Kind gemißhandelt habe, nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung habe entlassen dürfen, und daß er übrigens bei Auszahlung des letzten Lohnes durch Unterschreift auf jede Entschädigung verzichtet habe. Der Kläger bestritt zwar die Mißhandlung, wurde aber mit seiner Forderung kostenpflichtig abgewiesen, da die Verzichtsleistung auf die Entschädigung allein schon für die Abweisung maßgebend sei. Wegen rückständigen Lohnes klagt der

Tischlergeselle Deuber gegen die Firma Gebrüder Kowitz. Er beantragt noch einem Lohn von 12 Mark, den er für die Anfertigung von acht Spiegeln zu wenig erhalten haben will. Beklagter machte demgegenüber geltend, daß er den Kläger, der sonst ein tüchtiger Arbeiter sei, den vollen Lohn bei der Spiegeln nicht zahlen konnte, weil dieselben nicht fertiggestellt und auch schlecht montirt waren, so daß die durch einen anderen Gesellen fertiggestellte Arbeit noch mehr als 12 Mk. gekostet habe. Die Aussage wurde durch einen Zeugen vollaus bestätigt; es erfolgte daher die kostenpflichtige Abweisung des Klägers.

Der Privatwächter der Viehichhöhe verlangte eine vierzehntägige Lohnentschädigung, weil der Detonom dieses Stablissements, in dessen Diensten er stand, ihn ohne Kündigung entlassen hätte. Der Beklagte behauptet dagegen, daß die Kündigung erfolgt und der Kläger erst nach Ablauf der Kündigungsfrist entlassen worden sei. Die Kündigung hätte der Wächter deshalb erhalten, weil er sich als solcher für die Viehichhöhe durch verschiedene Vorleistungen unumöglich gemacht habe. Hierüber wurde ein Promenaden-Aufscher als Zeuge vernommen, der die Aussage des Beklagten als richtig bezeichnete. Das Gewerbegericht wies daher den Kläger ab, da die Entlassung berechtigt gewesen wäre, auch wenn keine Kündigung erfolgt wäre.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 7. Juni.

Heiraths-Ankündigungen. II. Kaufmann Anton Odersky, kath., Schillerstraße 28, und Gertrud Warmbrunn, kath., hier. — Buchhalter Wilhelm Kluge, evang., Neue Taschenstraße 29, und Ida Wittmann, kath., Gartenstraße 28. — Arbeiter Josef Grünner, kath., Breitestraße 49/50, und Auguste Summa, evang., Klosterstraße 18. — III. Goldarbeiter Wilhelm Kimmel, kath., Mühlengasse 5, und Johanna Ochota, geborene Günther, evang., Heilige Geistsstraße 3. — Müller Friedrich Kaleske, ev., Kohlenstraße 7, und Ernestine Spila, geborene Stüge, ev., daselbst. — Schmied Carl Wimmer, ev., Rogplatz 6, und Luise Adelt, evang., Sternstraße 32/34. — Arbeiter Ernst Strauch, kath., Ebbingstraße 6, und Auguste Sommer, geb. Blach, ev., Ebbingstraße 6.

Ehescheidungen. II. Postassistent Richard Ballarin, kath., zu Dresden, mit Helene Pelz, ev., hier. — Kutscher Friedrich Graber, ev., mit Rosina Morach, ev., hier. — Zeug-Premier-Lieutenant a. D. Otto Köppen, evang., mit Maria Klason, jüd., hier.

Geburten. II. Kgl. Rentmeister Albert Hellweger, kath., S. — Bureau-Assistent Adolf Goerlich, ev., T. — Brauer Gustav Thon, ev., S. — Arbeiter August Gildner, kath., S. — Kupferschmied Karl Fuhrich, kath., T. — Maurer Johann Franzke, kath., T. u. S. — Haushälter Franz Gerschberg, kath., S. — Arbeiter August Haensler, ev., T. — Klempner Wilhelm Pohl, ev., S. — Zuschneider Robert Kämpf, Baptist, S. — Schlosser Rudolf Wenzke, evung., T.

Todesfälle. I. Schuhmachersgelle Ernst Hante, 37 Jahre. — Schuhmachersfrau Anna Gwinczek, geborene Klingenberg, 28 Jahre. — Schmiedemittwe Anale Scholz, geborene Berent, 79 Jahre. — Alfred, S. des Arbeiters Gottfried Stache, 7 Tage. — Walter, S. des Tischlers Julius Kreuzberger, 3 W. — II. Clara, T. des Tischlers Josef Sempert, 6 M. — Martha, T. des Haushälters Josef Milbe, 1 J. — Dienstmädchen Pauline Polde, 34 Jahre. — Hausbesizersmittwe Belagia Rozminska, geb. Schlemmsta, 66 Jahre. — Friedrich, S. des Schuhmannes Hermann Böbisch, 3 W. — Anna, T. des Schlossers Gottlieb Kaste, 2 Mon. — III. Arbeiter Alois Seibel, 42 Jahre. — Frieda, T. des Selbstgießmeister Paul Rahmsfeld, 8 M. — Früherer Nachtwachtmann Wilhelm Jeglißka, 45 J. — Schneider August Franke, 51 J.

Breslau, 7. Juni. (Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.) Roggen (per 1000 Kilogramm) per Juni 113,00 Br. Hafer (per 1000 Kilogramm per Juni 133,00 Br. — Rüböl (per 100 Kilogr.) — gefündigt — Str., loco, in Qualitäten a 5000 Kilogr. — per Juni 43,50 Br., per October 44,00 Br. — Spiritus per 100 Liter (a 100 pSt.) ohne Faß; excl. 50 und 70 Mk. Verbrauchsabgabe, gefündigt — Str., abgelassene Kündigungscheine — per Juni 50 er 48,60 Gd., 70 er 28,60 G.

Breslau, 7. Juni. (Breslauer Mehlmarkt. Weizen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg. incl. Sad 21,00 bis 21,50 Mk. — Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg. incl. Sad 18,75—19,25 Mk. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg. in Käufers Säden a) inländisches Fabrikat 7,80—8,20 Mk., b) ausländisches Fabrikat 7,20—7,60 Mk. — Roggenmehl fein per Brutto 100 kg. incl. Sad 17,00—17,50. — Feinstermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säden: a) inländisches Fabrikat 8,20—8,60 Mk., b) ausländisches Fabrikat 7,80—8,20 Mk.

Briefkasten.

M. S. 79. Die Betreffenden wissen wahrscheinlich nicht mehr, daß am 15. Juni 1893 die Reichstagswahl stattfand und daß Genosse Singer kurz vorher im Saale des Residenztheaters referirte. Ein gesunder Schlaf in munterer nicht gut. C. C. Friedrichstraße. Wenn sie mit dem Wirth diese Vereinbarung getroffen haben, so wäre es vortheilhaft gewesen, den Termin jeder Zahlung festzustellen. Natürlich müssen Sie pünktlich sein, sonst kann er Sie verklagen.

Des Seemanns Leben u. Leiden. In Folge eines auswärtigen Bilderverlages haben wir Gelegenheit, eine Partie sehr taub. ausgeführt. Celarsbilder von Marx u. Lassalle. zu erwerben. Diese Bilder, welche früher 60—80 Pf. kosteten, können jetzt um 30 Pf. per Paar abgegeben werden. In beziehen durch alle Colporteurs.

Echte und halbechte Hamburger Sammt- u. Manchester-Hosen sind nur zu haben bei M. Aschkowitz, 15, Große Scheitniger-Straße Nr. 15. 2890

Bilder-Einrahmungen, solche Kunstwerke mit den Bildnissen v. Lassalle, Liebknecht, Marx u. f. w. Lampen, Sammlungs Glas- und Porzellanwaaren 1893 zu den billigsten Preisen bei A. Paetzel, Sulztr. 5.

